

# STUTTGARTER ZEITUNG

EIL Staatsanwaltschaft klagt Investor an

**StZPlus** Verfassungstreue im Land

## Grüne und SPD fordern strengere Prüfung von Neu-Beamten

15.07.2025 - 06:00 Uhr

**Vergangene Woche preschte Rheinland-Pfalz mit einer strikteren Überprüfung von Beamten vor der Einstellung vor. Jetzt werden Forderungen in Baden-Württemberg laut.**



**Annika Grah**

Nach dem Vorstoß aus Rheinland-Pfalz werden auch in Baden-Württemberg Stimmen lauter, die für eine striktere Überprüfung von Beamten bei ihrer Einstellung sind. „Wir wollen den Verfassungstreue-Check bei Neueinstellungen gezielt verbessern: Für Polizei, Justiz und Landtag wollen wir eine Regelabfrage beim Verfassungsschutz einführen“, sagte der innenpolitische Sprecher der Grünen im Landtag, Oliver Hildenbrand, unserer Zeitung. Der innenpolitische Sprecher der SPD, Sascha Binder, geht noch weiter und fordert eine generelle Überprüfung: „Der Verfassungsschutz muss endlich über eine Regelabfrage stärker als bisher in die Überprüfung von Beamtinnen und Beamten einbezogen werden“, sagt er. Brandenburg hatte eine solche Regelabfrage im vergangenen Jahr in einem sogenannten Verfassungstreue-Check für angehende Beamte eingeführt. Die neue Landesregierung stellt das Verfahren aber auf den Prüfstand.

### **Alleingang in Rheinland-Pfalz**

Vergangene Woche hatte der rheinland-pfälzische Innenminister Michael Ebling (SPD) eine Verschärfung der Einstellungspraxis angekündigt – dafür soll eine Verwaltungsvorschrift zur Pflicht zur Verfassungstreue neu gefasst werden. Alle Bewerberinnen und Bewerber müssen demnach erklären, dass sie keiner extremistischen Organisation angehören oder in den vergangenen fünf Jahren angehört haben. Grundlage dafür soll eine vom Verfassungsschutz regelmäßig aktualisierte Liste extremistischer Gruppierungen und Organisationen sein, bei denen hinreichend Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen vorliegen. Darauf wird auch die AfD geführt werden, die in Rheinland-Pfalz – ebenso wie in Baden-Württemberg – als extremistischer Verdachtsfall geführt wird.



Innenminister Thomas Strobl (CDU) warnt vor einem Flickenteppich.

Eigentlich hatte sich die Innenministerkonferenz darauf geeinigt, eine Arbeitsgruppe für den Umgang mit AfDlern im Staatsdienst ins Leben zu rufen, um eine bundesweit einheitliche Linie zu verfolgen. Baden-Württembergs Innenminister Thomas Strobl (CDU) hatte in dem Zusammenhang vor einem Flickenteppich gewarnt. Hierzulande werden Anwärter auf die Beamtenlaufbahn bislang zwar grundsätzlich auf ihre Verfassungstreue überprüft. Lediglich bei der Polizei ist in der Erklärung zur Verfassungstreue auch eine exemplarische Auflistung extremistischer Organisationen enthalten, auf der auch die AfD auftaucht. Eine Regelanfrage beim Landesamt für Verfassungsschutz findet nicht statt. Nur wenn es einen Verdacht gibt, werden Bewerber im Einzelfall überprüft.

**Staatsrechtler sehen Verstoß gegen das Grundgesetz**

Staatsrechtsexperten halten das für den einzig gangbaren Weg. Unisono attestieren Juristen Rheinland-Pfalz einen Verstoß gegen das Grundgesetz verstößt, nach dem jedem Deutschen „nach seiner Eignung, Befähigung und fachlichen Leistung gleichen Zugang zu jedem öffentlichen Amte“ gewährt werden muss. Arne Pautsch von der Hochschule für Verwaltung in Ludwigsburg hält eine automatische Überprüfung daher für einen Verfassungsverstoß und ein reines „politisches Signal“.

Der Vorsitzende des Beamtenbunds, Kai Rosenberger, bewertet das ähnlich. „Die Konsequenz, aus dem Staatsdienst entfernt zu werden, müssen alle Beamtinnen und Beamten fürchten, die sich in ihren Äußerungen oder ihrem Verhalten gegen unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung richten“, sagt er. Angaben zur Parteimitgliedschaft fallen nach seiner Einschätzung ohnehin unter den Datenschutz. Eine Handhabe gebe es allenfalls, wenn eine Partei verboten würde.

Die neue Debatte weckt bei der Initiative gegen Berufsverbote böse Erinnerung. Sie warnen vor einer Wiederauflage des Radikalenerlasses aus dem Jahr 1972, der zum Ziel hatte Verfassungsfeinde im öffentlichen Dienst zu verhindern– es drohten Berufsverbote. Auch Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne), der im Studium Anhänger kommunistischer Gruppen war, geriet zeitweise ins Visier der Verfassungsschützer, wurde dann aber als Lehrer zugelassen.